

Die „Freiheit“ erscheint morgen mit nachfolgenden, an Sonn- und Festtagen ausgenommen, die Tagesausgabe besteht aus 12 Seiten, die in 4 Spalten gedruckt sind. Der Preis beträgt 10 Pfennig. Die „Freiheit“ ist in den meisten Buchhandlungen und Zeitungsverkäufereien zu beziehen.

Die „Freiheit“ wird durch den Postboten an den Abonnenten geliefert. Der Preis beträgt 10 Pfennig. Die „Freiheit“ ist in den meisten Buchhandlungen und Zeitungsverkäufereien zu beziehen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111.
Verlagsdruckerei: Kurt Hildebrandt, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verlagsdruckerei: Kurt Hildebrandt, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 18. Februar 1919

Nummer 87

Der Wahlsieg in Oesterreich.

Unsere Genossen in Oesterreich haben einen überwältigenden Wahlsieg errungen, der auch hochgespannte Erwartungen hinter sich läßt. Von den 48 Mandaten in Wien werden sie mindestens 22 erhalten. Die Christlich-Sozialen, die bisher das Wiener Rathaus beherrschten, haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Und wie in Wien, so überall: in den Städten wie auf dem flachen Land ein gewaltiges Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, ein katastrophaler Rückgang der bürgerlichen Parteien, der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Nationalen, die für die Kriegspolitik verantwortlich sind.

So ist es der Sozialdemokratie gelungen, in dem Lande, in dem die Industrie- und Arbeiterbewegung schwach ist, die Mehrheit der Nationalversammlung zu erringen. Während die Sozialdemokratie bisher infolge ihrer Schwäche vor der Revolution die Regierung mit den bürgerlichen Parteien teilen mußte, so daß sie selbst, die Christlich-Sozialen und die Deutsch-Nationalen je ein Drittel des Ministeriums stellten, haben die Wahlen die Sozialdemokratie zur allein ausschlaggebenden Partei gemacht. Nach dieser Volksabstimmung bleibt sie als allein regierungsfähige Partei auf dem Plan, da eine Koalition aller bürgerlichen Elemente gegen sie ziemlich unmöglich ist. Und die österreichische Partei wird, trotz aller opportunistischen Ermahnungen in ihren eigenen Reihen, diese Koalition ganz anders im Interesse der Arbeiterklasse zu nützen verstehen, als etwa die deutschen rechtssozialistischen Führer.

Freud man nach den Gründen des Sieges, so sind sie nicht schwer zu verstehen. Die österreichische Partei hat sich verhältnismäßig früh von der Kriegspolitik abgewandt und mit steigender Schärfe den Krieg bekämpft. Schon vor Ausbruch der Revolution hatte die Politik der Linken innerhalb der Partei gesiegt. So blieb die Partei einig. Einig führte sie ihre revolutionäre Aufgabe durch, einig und geschlossen handelte sie trotz der unabweisbar schwierigen Situation in der Zeit nach der Revolution. Mit gesammelter Kraft bereitete sie den Wahlsieg vor und mit glänzendem Erfolg hat sie ihn durchgeföhrt. Und so sehr wir uns des Erfolges der deutschösterreichischen Arbeiterklasse freuen, nur mit Schmerz können wir daran denken, um welche reiche Früchte die Herrschenden der Arbeiterklasse, die verderbliche Kastel der rechtssozialistischen Führung den Sozialismus in dem sozial so viel entwickelteren Reiche gebracht hat.

Die österreichischen Wahlen sind so eine erste Mahnung. Sie zeigen, welche ungeheure Stoßkraft das geeinte Proletariat entfalten kann, welche Anziehungskraft eine klare sozialistische Politik besitzt.

Die Wahlen in Deutschösterreich sind zugleich auch ein Sieg des Gedankens des Anschlusses an Deutschland, den unsere Genossen mit aller Energie vertreten haben. Wir hoffen, daß es nicht mehr allzulange dauern wird, bis die Vertreter der deutschösterreichischen Sozialdemokratie in der deutschen Nationalversammlung sich und Stimme haben werden. Sie können in Deutschland noch eine große und wichtige Aufgabe zu erfüllen haben.

Die Größe des Sieges.

Wien, 17. Februar. Die Blätter heben folgende Momente als charakteristisch für die gestrigen Wahlen fest: Den überwältigenden Sieg der Sozialdemokratie, die mindestens 22 bis zur Grenze der absoluten Mehrheit der Nationalversammlung reichen dürfte, wenn sie diese Grenze nicht überschreitet; die Teilnahme sämtlicher nichtsozialistischer Parteien an den Wahlen, wobei die Christlich-Sozialen einen erheblichen Rückgang, die Deutsch-Nationalen einen beträchtlichen Anwachsen aufzuweisen hat, während die demokratischen Gruppen, insbesondere die Deutschösterreichischen, vollständig verlagten; weiter den vollständigen Sieg der Idee der Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland; endlich den ruhigen und würdigen Verlauf der Wahlen in ganz Deutschösterreich. Im allgemeinen geht die Einschätzung der Presse dahin, daß der in der provisorischen Nationalversammlung vorhandene gewisse Kompromiß zwischen Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Deutsch-Nationalen auch in der definitiven Nationalversammlung fortzuauern werde (?), was natürlich angesichts der starken Verankerung der Arbeiter und Bauern in den sozialistischen Verhältnissen zu erwarten war.

Als bemerkenswert wird hervorgehoben, daß das Wahlergebnis zeigt, daß nur radikale Programme auf die Wählerchaft von Einfluß waren und daß auch die Gewählten durchweg den radikalen Flügel ihrer Partei darstellten. Die Reichspost der Blätter schreibt den in die Augen springenden Parteilose Erfolg der Sozialdemokraten dem Umstande zu, daß diese sich auf eine festgelegte Organisation stützten, und daß sie die Wahlen genügend vorbereiten konnten, während die organisatorischen Arbeiten selbst der Christlich-Sozialen hinter den Erfordernissen zurückblieben und die bürgerlich freisinnigen soziale Organisationen erst im letzten Moment schaffen mußten und durch Zersplitterung in zahlreiche Parteigruppen ihren Erfolg von vornherein gefährdeten.

Wien, 17. Februar. Das Wiener Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung war um 7 Uhr morgens vorbehaltlich der

endgültigen Ziffern: 22 Sozialdemokraten, 11 Christlich-Soziale, 2 Deutsch-Nationalen, 1 Bürgerl. Demokrat, 1 Tscheche und 1 Polnisch-Nationaler. Unter den Gewählten befinden sich 8 Frauen.

Wien, 17. Februar. In den letzten Nachmittagsstunden ist der gestrige Wahlsieg in Wien, von ganz unbedeutenden Zwischenfällen abgesehen, vollkommen ruhig und würdig verlaufen. Die Beteiligung an der Wahl war überall sehr lebhaft. Besonders auffällig war die Freude von dem Wahlrecht ausgiebig Gebrauch.

Wien, 17. Februar. Unter den gestern Gewählten befinden sich die Sozialdemokraten Friedrich Adler, Otto Bauer, Dr. Eberhard, Eberhard, Emmy Freundlich, Horstner und Staret. In Steiermark wurden gewählt: 12 Christlich-Soziale, 11 Sozialdemokraten, 2 Deutsch-Demokraten, 2 Bauernpartei; in Kärnten 4 Sozialdemokraten, 2 Christlich-Soziale, 1 Deutsch-Demokrat und 2 Bauernpartei.

Als einziger bürgerlich-demokratischer Kandidat ist Nationalrat Friedmann gewählt. Als Vertreter der Tschechen mit fast 17 000 Stimmen wurde der sozialdemokratische Mediziner Dvorzal von dem Wiener Tschechenblatt „Pravda“ gewählt.

Wien, 17. Februar. Nach weiter eingelaufenen Wahlergebnissen wurden in Kärnten gewählt: Vier Sozialdemokraten, zwei Christlich-Soziale, ein Deutschdemokrat, zwei Mitglieder des Kärntner Bauernbundes. In Wien wurden insgesamt 688 748 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 528 047, auf die Christlich-Sozialen 210 568, auf die verbundenen Demokratenlisten 48 481, auf die verbundenen Deutschnationalenlisten 70 408, auf die Tschechen 65 047, auf die Polnischnationalen 7770, auf die nationalsozialistischen Arbeiter 6614, auf die deutschösterreichische Volkspartei 1082. In Steiermark wurden gewählt: 14 Christlich-Soziale, 9 Sozialdemokraten, 2 Deutschdemokraten, 2 Bayerische Bauernpartei.

Ministerkrise in Bayern.

München, 17. Februar. Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung des Kongresses der Arbeiter, Soldaten und Bauernräte in Bayern gab Ministerpräsident Eisner im Namen des Minister Rates eine Erklärung über die zur Zeit schwebende Ministerkrise in Bayern ab. Ministerpräsident Eisner erklärte, daß die Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie dieser Regierung unter der Bedingung ihrer Verantwortung die Entscheidung nicht auf eigene Faust treffen wollten. Die Mehrheitssozialisten haben insbesondere sofort eine Landeskonferenz der sozialistischen Parteien einzuberufen, die morgen zusammenzutreten wird, und in der die ganze politische Lage mit allen damit zusammenhängenden Fragen zur Klärung und Entscheidung kommen soll. Die Entscheidung soll am Mittwochabend, spätestens am Donnerstag früh erfolgen. Der Kongress nahm von dieser Mitteilung, die die Klärung der politischen Lage in Bayern weiter verschleiert, Kenntnis. Die Fraktionen des Reichskongresses beschloßen, über die Regierungserklärung im Reichskongress einzutreten, die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

München, 17. Februar. Im Verlaufe der Sitzung des Kongresses der A., S. und B.-Räte gab Arbeiterrat Franz namens der Mehrheitssozialisten die Erklärung ab, daß diese infolge der neuen Tatsachen nunmehr für den Antrag auf Weitertragung stimmen werden. (Bravo!) Ein dringender Antrag der A., S. B. verlangte, daß sofort drei Mitglieder des Kongresses sich nach Nürnberg begeben, um den drohenden Bruderkrieg unter allen Umständen zu verhüten. Soldatenrat Schröder verlangte entschlossenes Handeln in der gefährlichen Nürnberger Situation. Es soll sofort in Verhandlungen mit der sozialistischen Partei eingetreten werden. Die Situation ist so, daß, wenn es uns nicht gelingt, moralisch auf unsere Brüder einzuwirken, der morgige Tag von außerordentlich verhängnisvoller Bedeutung für das gesamte Proletariat Bayerns sein kann. Arbeiterrat Wächter führte die Nürnberger Vorfälle auf den Koffhauerischen Erlass zur Bildung einer „weißen Garde“ zurück. Der Kongress sollte darauf verzichten, Stellung zu nehmen für die eine oder andere Partei. Ein Vertreter der Mehrheitssozialisten erklärte, daß die von Wächter vorgeschlagenen Gründe für die Unterbrechung der Sitzung nicht zureichend sind. Die Sitzung soll am

Einladung.

Anberordentlicher Parteitag der U. S. D. am Sonntag, den 2. März 1919, mittags 2 Uhr, in Berlin, im Sitzungssaal des Herrenhauses.

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der Partei.
a) Programm, b) Taktik, c) Die Einigkeit des Proletariats.
Berichterstatter: Hugo Haase.
2. Die internationale Konferenz in Brno.
Berichterstatter: Kurt Eisner.
3. Geschäftsbericht der Zentralseitung.
Berichterstatter: Luise Biehl.
4. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: Wilhelm Bod.
5. Die Organisation der Partei.
Berichterstatter: Wilhelm Dittmann.
6. Wahl der zentralen Parteifunktionen.

Parteilosen! Der ursprüngliche auf den 2. Februar festgesetzte und dann aus zwingenden Gründen verschobene Parteitag findet nunmehr am 2. März in Berlin statt. Die Tagesordnung ist ergänzt und umgestellt, die Stunde des Zusammentritts früher gelegt, worauf besonders aufmerksam gemacht sei.

Zur Teilnahme am Parteitage sind berechtigt:

- a) die Delegierten der Wahlkreisorganisationen, mit der Maßgabe, daß Kreise bis zu 1000 Mitgliedern 1 Delegierten, Kreise bis zu 3000 Mitgliedern 2 Delegierten, und Kreise mit mehr Mitgliedern für je 3000 Mitglieder einen weiteren Delegierten entsenden können;
- b) die Mitglieder der Fraktion in der Reichs-Nationalversammlung;
- c) die Mitglieder der Parteileitung und der Kontrollkommission;
- d) die von der Parteileitung berufenen Referenten.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen, müssen spätestens bis Mittwoch, den 26. Februar, eingereicht sein.

Die Zentralseitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.

Achtung, Delegierte zum Parteitag!

Anmeldungen zum Parteitag und Wünsche um Beschaffung von Logis bitten wir bis spätestens Mittwoch, den 26. Februar, an die unterzeichnete Adresse gelangen zu lassen.

Mit Parteigrüß

Rudolf Bode,

Herbertstr. 10, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 21.

Mürnberg um sportliche Dinge. Die können wir nicht unterstützen. Wir können nicht zugeben, daß eine Handvoll Leute es so weit treibt, daß es zum Blutvergießen kommt. Deswegen findet morgen eine Demonstration statt. Es wird den Spartakisten ein Ultimatum gestellt, das General-Kommando zu räumen. Nach weiterer Debatte wurde dem Antrag auf Entsendung einer besonderen Kommission nach Nürnberg zugestimmt. Damit ist die fünfte Sitzung zu Ende.

Die politische Stellung der Räte.

Die Verfassungskommission des Münchener Aktionsausschusses, der sich aus 7 Vertretern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zusammensetzt, hat in eingehenden Beratungen die verfassungsrechtliche Stellung der Räte behandelt und ist schließlich zu folgendem Beschluß gelangt:

I. Arbeiter und Bauernräte.

Die A- und B-Räte vertreten die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine gesetzgebende oder vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Ämter, Behörden und Verbände, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Zentralräte der A- und B-Räte haben das Recht, Erhebungen zu veranstalten, im Landtage Gesetzentwürfe einzubringen und dort durch eigene Vertreter ihre Stellung zu verdeutlichen. Die Mitglieder der Zentralräte genießen Immunität Organisations- und Wahl der A- und B-Räte regelt ein Gesetz, das als Anlage zur Verfassung gilt.

II. Soldatenräte.

In allen Heeresstellen werden die Interessen der Soldaten durch Soldatenräte gewahrt. Bis zur Schaffung der neuen Volkswache bleiben die bisherigen S-Räte bestehen.

Zugleich wurde festgestellt, daß die Soldatenräte auf die Schaffung der neuen Volkswache ausschlaggebenden Einfluß haben werden, indem der Vollzugsbefehl des Landes-Soldatenrates bei Schaffung der neuen Heeresorganisation bestimmend einwirken wird.

Uns wird doch noch mitgeteilt, daß der Führer der Rechtssozialisten in Bayern, Minister Auer erklärt hat, daß für die Annahme der Beschlüsse einsehen zu wollen.

Die Beschlüsse des Münchener Aktionsausschusses bewegen sich in ähnlicher Richtung wie die von den Unabhängigen gestellten Forderungen für die Mitwirkung des Zentralrates an der Reichsregierung, wenn sie auch in mancher Hinsicht hinter diesen Forderungen zurückbleiben. Auch sie beweisen, daß die Verteilung politischer Funktionen an die Arbeiterräte durchaus möglich ist und immer mehr zu einer Forderung der gesamten Arbeiterklasse wird. Um so dringender wird die Einberufung des allgemeinen Rätekongresses, damit endlich auch der Wille der Arbeiterschaft zu seinem Ausdruck kommen kann.

Kein Rücktritt Brodorski-Rangaus.

Kritik wird mitgeteilt:

Verschiedene Blätter bringen die Meldung, daß der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodorski-Rangaus wegen einer abweichenden Ansicht in der Beratung der letzten Waffenstillstandsbedingungen sein Vorgesetzter zur Resignation gezwungen sei. Es ist richtig, daß zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen einerseits und der Mehrheit der Reichstagsmitglieder und der herangezogenen Parteiführer andererseits in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit besteht. Ein hinreichend begründeter Antrag zum Rücktritt des Ministers ist durch diese Meinungsverschiedenheit nach Ansicht der Regierung aber nicht gegeben.

Einigung der sozialistischen Fraktionen in Braunschweig?

Nach Mitteilungen des amtlichen Organs der Republik Braunschweig, dem „Braunschweiger Anzeiger“, finden seit einigen Tagen zwischen den Fraktionen der linken sozialdemokratischen Parteien Verhandlungen statt, welche Aussicht auf eine Einigung eröffnen. Bei den Verhandlungen handelt es sich um die Frage der Bildung der neuen Regierung, an der auch die Rechtssozialisten zu beteiligen wären. Auch sollen dann Verhandlungen zu den A- und B-Räten stattfinden.

Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war nur von sehr kurzer Dauer. Während ursprünglich in Aussicht genommen war, die politische Debatte fortzuführen, war von verschiedenen Parteien der Wunsch laut geworden, sofort den Bericht von Erzberger über die Verhandlungen in Trient entgegenzunehmen. Der Seniorenkonvent, der kurz vor Beginn der Sitzung zusammengetreten war, kam denn auch diesem Wunsch nach.

Erzbergers Bericht erzeugte bei dem Volk und den Reichsparteien tiefe Niedergeschlagenheit. Man hatte geglaubt, die Entente durch Drohungen einschüchtern zu können und mußte nun erfahren, daß sie sich durch solche Worte nicht einschüchtern läßt und auch der neuen Regierung mit schärfstem Mißtrauen begegnet. In der Ratlosigkeit über die jetzt einzuschlagende Wege, die verhängnisvoll sind, durch die Hoffnungslosigkeit mit Brodorski-Rangaus, befaßt man deshalb die Weiterberatung auf Dienstag zu verlagern.

4. Sitzung am Montag, den 27. Februar 1919 nachm. 2 Uhr.

Präsident Behrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Reichsminister Erzberger erstattet Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen. Die Bedingungen seien festgestellt von den Chiefs der alliierten und assoziierten Regierungen, auch Wilson habe diese Bedingungen genehmigt. Doch erklärte, daß das Volk in seinem ersten Akt eine rein militärische Maßnahme beschle und keinerlei politische Folgerungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung der Gebiete in keiner Weise der Verletzung des 15. Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden solle. Es hieß, die künftigen Verhandlungen werden, daß den von uns genannten Parteien ein genügender Schutz zuteil wird. Wichtig ist, daß nach den Vorstellungen der Alliierten auch die Polen eine militärische Bewegung gegen Deutschland einrichten können. Ich kann mitteilen, daß in diesen Tagen in Paris über die Frage eines Waffenstillstands verhandelt wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten Behrenbach beschließt das Haus die politische Aussprache zu verlagern. Am Dienstag soll die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Waffenstillstandsverhandlungen erledigt werden. Die Fortsetzung der Aussprache vom Sonnabend soll am Mittwoch erfolgen. Schluß 8 Uhr.

Protest der Frauen gegen die Hungerblockade.

Der Nationalversammlung ist ein Antrag von Agnes und Genossen zugegangen, in dem es heißt: Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völlige wirtschaftliche Blockade Deutschlands während des Krieges unvorstellbaren Schaden erlitten. Sie alle erhoffen, daß mit der Einsetzung des Blutberglebens auch dieses furchtbare Kampfmittel nicht weiter zur Anwendung kommen werde.

Die Hungerblockade ist jedoch nicht aufgehoben. Sie ist verschärft worden.

Kranke Tiede und Greise fallen ihr in wachsendem Maße zum Opfer. Und durch das große Elenden der Kinder und der verendenden Mütter wird dem deutschen Volk und damit der ganzen Menschheit ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt. Wir fordern deshalb unverzüglich Aufhebung der Hungerblockade.

Wir fordern ferner sofortige Durchführung der deutschen Kriegsgefangenen, die, wie die Gefangenen aller Länder, nur ihre Schutzlosigkeit erlitten haben. Sie selbst haben Schwere erlitten und ihre Eltern, Frauen und Kinder sind von schmerzlicher Sehnsucht erfüllt.

Wir sind der tiefen Ueberzeugung, die Frauen und Mütter der ganzen Welt empfinden mit uns, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit die Befreiung der Forderungen verlangen.

Anträge und Anfragen.

Der Nationalversammlung sind folgende Anträge und Anfragen zugegangen:

Antrag Arnstadt und Genossen, der die Reichsregierung ersucht: Der Nationalversammlung unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zum Schutz der Heimarbeit der Hausausfassen die Befugnis übertragen wird, unabhängig solche festzusetzen.

Anfrage der Abgeordneten Wehner und Weiland: Städte und Vorkriegsverbände haben dem Reich während des Krieges Milliarden für die Kriegsjahre vorgegeben. In diesen enormen Leistungen kommen jetzt die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, deren vorläufige Leistung das Reich wieder den Gemeinden und Städten auferlegt hat. Die Aufstellung der Listen für diese vorgeschossenen Summen beeinträchtigt die Ausgaben der Gemeinden und Kreise auf das Schwerste. Ist die Reichsregierung bereit, alsbald und bis zu welchem Termin den Gemeinden und Vorkriegsverbänden diese verausgabten Summen zurückzugeben?

Die französischen Sozialisten gegen Clemenceau.

„Journal du Peuple“, das Organ Longuet's, vom 14. greift Clemenceau und die französische Kriegspolitik scharf an. Es schreibt, Witten verleihe bald Frankreich, und Clemenceau habe weiter nichts gewollt, als die öffentliche Meinung auf einen gewalttätigen Vorstoß zu bereiten, der nicht im Sinne Wilson gelegen habe. Das Ziel solle dadurch erreicht werden, daß man der deutschen Republik scheinbar eine Deklaration von Erniedrigung unter dem Titel „Verpflichtungsregeln“ beibringe; wenn dann Deutschland aufgegeben, würde man es vernichten und gänzlich beseitigen, man würde den deutschen Sozialismus erzeugen, die Demobilisierung in Frankreich anhalten und die Verantwortung auf sich umgeben. Das sei das Ziel der Kampagne von Clemenceau. Ihr nicht wohl, so ruft die Zeitung der französischen Regierung zu, daß die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen eine unmögliche Sache ist, weil die Kämpfer aller Länder von eurem Krieg nicht mehr wissen wollen. Wir werden noch Geduld haben und euch gewähren lassen, aber laßt eure Hoffnungen der eurem Tun helfen. Die werden den Tempel in drei Tagen wieder aufbauen. Das deutsche Volk wie das französische mag vom Eisen kein mehr wissen.

Die Berner Delegation in Paris.

Paris, 17. Februar. (Savoy.) Die von der sozialistischen Arbeiterkonferenz in Bern ernannte Delegation, die der Friedenskonferenz dieser Tage die allgemeine Entschliessung übermitteln sollte, wurde am Sonntag von Clemenceau empfangen. Sie setzte sich zusammen aus Branly, Senderon, Stuart Bunnig, Ramsay MacDonald, Bonavent und Renaudel. Branting leitete die Entschliessung in kurzen Worten zusammen und wies auf den Geist hin, aus dem heraus der Antrag im Hinblick auf einen gerechten und dauerhaften Frieden angenommen worden sei. Stuart Bunnig leitete außerdem die Entschliessung über die Arbeitslosigkeit vor. Die Delegation teilte weiterhin Clemenceau den Beschluß der internationalen Sozialistenkonferenz mit, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden.

Clemenceau nahm das Schriftstück entgegen und erklärte, daß er es an das Bureau der Friedenskonferenz weiterleiten würde. Er wies darauf hin, daß zweifellos in einer Anzahl von Punkten Uebereinstimmung mit der Friedenskonferenz besteht und daß ein Interesse daran bestehen könnte, daß die Delegation in unmittelbarer Beziehung zu der Kommission der Friedenskonferenz trete, die die verschiedenen Punkte zu prüfen habe.

Die Niederlage der Rechtssozialisten in Bern.

Von einem Vertreter der D. V. R. wurde Hermann Müller, der Leiter der Delegation der Rechtssozialisten in Bern, über das Ergebnis der Konferenz ausgefragt. Die Müller erklärte, daß die Rechtssozialisten nicht mit Illusionen nach Bern gegangen. Aber der Verlauf der Verhandlungen hat sie noch mehr enttäuscht. Sehr bedauernd dafür ist, daß Hermann Müller über den wichtigsten Punkt der Verhandlungen in Bern, über die Schuldfrage, nichts zu sagen wußte.

Um so bitterer befiel er sich über die bösen Unabwägungen, die anstatt mit ihm und seinem Freunde Hans an einem Tisch zu haben, die Stellung der Rechtssozialisten in Bern sehr erwidert hätten. Wir können es uns nicht verlagern, diesen Teil der Auslassung von Müller unsern Lesern wirklich zu unterbreiten.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie war in Bern deshalb eine wenig angenehme, weil die Nach-

hängigen, ganz besonders der bayrische Ministerpräsident Eisner, bei jeder Gelegenheit uns in den Rücken fiel und dabei den lebhaftesten Beifall der Gruppe um Renaudel erzielte.

Man kann es Herrn Müller nachfühlen, daß er nicht sehr erfreut darüber war, daß die Unabhängigen die unsozialistische Haltung seiner Genossen während des Krieges mit aller Macht gebremst haben. Aber er kann versichert sein, daß Eisner und Knutsky dabei ganz im Sinne der deutschen Arbeiter gesprochen haben, denen es innerlich bedauerlich ist, daß der Verrat der Rechtssozialisten auch bei der Internationalen mit aller Macht gebremst wurde.

Belagerungszustand in Ortelburg.

In Ortelburg sind freiwillige Truppen eingezogen. Es hat für den Kampf gegen Polen und Bolschewiken bestimmt, da es aber in dieser Hinsicht noch keine Arbeit gibt, haben sie in ihrem Totendrang den baltischen Soldatenrat abgesetzt. Es wurde geschossen, zwei Tote und acht Verwundete sind zu beklagen. Keiner Ortelburg wurde der Belagerungszustand verhängt.

Beginnende Konsolidierung in Rußland.

Berlin, 17. Februar. Folgende Meldung des „Weltakt“ aus Moskau wurde durch Funknachricht nach Berlin übermittelt:

Am 14. Februar, 8 Uhr abends, findet die erste Konferenz der Sowjetregierung mit der in Moskau eingetroffenen Abordnung der Mitglieder der ehemaligen Verfassungsgebenden Versammlung statt. Die Sowjetregierung wird durch den Volkskommissar des Inneren Tschicherin, den Volkskommissar des Finanzwesens Krestinski und den Präsidenten des Moskauer Sowjets Ramanow vertreten sein. Dazu wird noch die Delegation aus Ufa mit Tschenev, Sviridov, Kozlov, Krasnikow, Puzovoi und Tschernomouf hinzusetzen. Die Ankunft des Präsidenten der Konstituante Tschernomouf wird erwartet.

Schon ist in Moskau die allrussische Konferenz der Sozialistischen Revolutionären Partei beendet worden, an der dreißig Abgeordnete teilnahmen. Diese Konferenz hat hinsichtlich der allgemeinen Lage eine Anzahl Anträge angenommen, die um so bedeutender sind, als die Mehrheit der Abgeordneten kaum einer Voreingenommenheit für den Bolschewismus bezichtigt werden kann. In dem Artikel 8 heißt es z. B. wörtlich: Rußland darf nur aus eigener Kraft wiederhergestellt werden. Nur ein gemeinsames freies Reich kann dem Lande die natürliche Entfaltung und getragene Entwicklung sichern und die Unterwerfung unter fremdes Kapital verhindern. Die Versuche der Imperialisten in den Ententeländern, sich eines Teils des russischen Gebietes zu bemächtigen unter dem Vorwand, Rußland zu helfen oder es vor der Anarchie zu retten, bedeuten auch nur eine Einmischung in die inneren russischen Angelegenheiten, die den Interessen der Arbeiterklasse verhängnisvoll werden kann, und die daher mit allen Mitteln abgewiesen werden muß. Die gesamte russische Demokratie fordert einstimmig das Ende der Intervention der Entente und die sofortige Räumung der durch die Truppen der Entente besetzten Gebiete.

Die anderen Paragraphen dieses Artikels beziehen sich auf die verheerende monarchistische Reaktion, die durch den Imperialismus der Entente unterhalten wird, und enthalten eine Aufforderung an alle Parteioptionen, das Notwendige zu beschaffen, um die Sonderregierungen zu beseitigen, die sich in den von den Deutschen oder alliierten Imperialisten besetzten Gebieten auf Grund ihrer Subnationalität gebildet haben. Alle diese Provinzen müssen mit Rußland wieder vereinigt werden. Diese Einigung kann nur durch gemeinsame Bemühungen der gesamten russischen Demokratie im Verein mit der sozialistischen Internationale hergestellt werden. Obwohl die Konferenz die Politik der Partei der Bolschewisten verurteilt, erklärt sie sich bereit, auf das nächstbestmögliche jeden Versuch zuzugehen, der darauf hinführt, die Macht der Sowjetregierung zu beseitigen und die Einigung mit dem bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Die obenstehende Mitteilung ergänzt die gestern wiedergegebene Meldung über eine Annäherung zwischen der Hauptpartei der im vorigen Jahre als präparierten Konstituante, der sozialrevolutionären Partei, und der bolschewistischen Regierung in Moskau. Nach dem sehr lässigen Bericht läßt sich noch kein abschließendes Urteil über die neu entstandene Lage in Rußland abgeben. Sicher scheint nur, daß einerseits die Wiederherstellung Rußlands nach dem Vortritt der deutschen Imperialismus und andererseits das Abschlagen aller Interventionspläne der Entente den Boden gebietet haben für eine Annäherung zwischen den Sozialrevolutionären und den Bolschewisten. Die ersten beiden haben gegenläufige der bolschewistischen Politik nicht auf, finden sich aber mit den Bolschewisten zusammen in der Ablehnung der Intervention der Entente und einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien. Die Bolschewisten dagegen können nicht abgesehen, den Forderungen der anderen sozialistischen Parteien, denen sie bisher schärfsten Kampf anboten, entgegenzukommen, um mit gemeinsamen Kräften aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos herauszukommen.

Die Tagung der Agrarier.

Montag mittag trat der Bund der Landwirte in Berlin zu seiner alljährlichen Tagung zusammen. Aus der Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Freiberger von Wangenheim ist ersahenswert, daß von der Versammlung mit klärendem Verstand und Handfestigkeit aufgenommenem Befehl zur monarchischen Staatsreform. Im übrigen war die Rede ein Vorkommnis auf das alte Regiment vereint mit einer Drohe gegen die Republik. Bemerkenswert ist ferner, daß Herr Wangenheim sich gegen die Anweisung der Erwerbslosen aus den Großstädten wandte, mit denen die Landwirtschaft nichts anfangen könne. Auch wir sind der Meinung, daß die zwangsweise Abschichtung der Erwerbslosen in den Großstädten aufs Land nicht nur aus arbeitsökonomischen Erwägungen zu vermeiden ist, sondern auch deshalb, weil die Landwirtschaft Arbeitskräfte braucht, die für landwirtschaftliche Arbeit geeignet sind. Den Herrn Agrarier aber daß die Anweisung von Arbeitslosen aus den Großstädten nicht, weil sie keine willkürlichen Arbeitskräfte sind, mit denen sie machen können was sie wollen.

Mittwoch abend 6 Uhr: Flugblattverbreitung für Berlin, Niederbarnim, Teltow-Beeskow, Potsdam-Osthavelland.

Generalfreik im Ruhrgebiet.

Durch den Einmarsch der Regierungstruppen in das Rheinisch-Westfälische Kohlengebiet ist unter den Bergarbeitern eine derartige Erregung entstanden, daß der Generalfreik proklamiert worden ist. Wie in Bremen, so wurde auch im Ruhrgebiet der Streik von den Arbeitgebern, die den Befehl zum Einmarsch gegeben haben, vom Banne gebrochen.

Die Erregung nahm ihren Anfang durch das gewalttätige Vorgehen gegen den Generalfeldatenrat des 7. Armeekorps in Münster. Dieser hatte sich gegen den Krieg des Kriegeministers über die Abschaffung der Kommandogewalt erklärt und wurde deshalb auf Befehl des Herrn Roske durch den kommandierenden General aufgelöst.

Freiwilligen-Korps, die in Münster einmarschierten, mußten den Gewaltstreich durchführen. Von Münster aus drangen dann die Regierungstruppen weiter westwärts vor, da sich die Arbeiter- und Soldatenräte im Ruhrkohlengebiet mit dem Generalfeldatenrat in Münster solidarisch erklärt hatten.

Nach den Berichten der bürgerlichen Presse und des Wolff-Bureaus wurde gestern bereits in Mülheim, Oberhausen, Sterkrade und Düsseldorf gestreift. Auch in Essen und Dortmund hat der Streik nun schon begonnen. Die Gruben werden von revolutionären Arbeitern und Soldaten bewacht. Der Fernsprecher ist teilweise eingestellt. Auch der Straßenbahnverkehr ruht in einigen Städten. Der Streik soll solange fortgesetzt werden, bis die Regierungstruppen zurückgezogen sind und der Generalfeldatenrat in seine alten Rechte wieder eingesetzt worden ist. Auch die sofortige Sozialisierung des Bergbaues wird verlangt.

Der Streik, der erneut schwere Folgen für unser Wirtschaftsleben haben kann, wäre vermieden worden, wenn Herr Roske seine starke Hand nicht auch nach diesem Gebiete ausstreckte hätte. Sein brutales Vorgehen wüchse sich immer mehr zu einer schweren Gefahr für das ganze Volk aus. In einem Telegramm an den kommandierenden General des VII. A.-K. fordert er diesen geradezu auf, eine Einigung abzulehnen. Er sagt, daß Verhandlungen nur dann zu einem brauchbaren Ergebnis führen könnten, wenn sich der Generalfeldatenrat bedingungslos hinter die Regierung und deren Anforderungen unerschütterlich ausführen würde. Das heißt mit anderen Worten, er soll zu Freundschaft werden. Das heißt, daß den Forderungen der Arbeiter keine Rechnung getragen werden soll, daß man wieder mit Waffengewalt den Konflikt „beilegen“ will.

Am 17. Februar. W. L. B. Gewerkschaften auf folgenden Zechen des Ruhrkohlengebietes in den Streik getreten: Deutscher Kaiser in Neumühl, Westende 1-2, Diergardt 1 und 2, Althausen, Concordia, die Schächte der Guten Hoffnung, Hütte Oberhausen, Vondern u. Jacobi, Keenberg, und auf den Steinsiedlichen Zechen Victoria, Rasthof, Graf West, Mathias Steinhilber 2 und 4, ferner auf drei Schachtanlagen der Pfister Steinkohlenbergwerke, auf Graf Bismarck 2 und 5, Hugo 2, Hermannslück, Westend, Hannibal 1, Auguste Victoria, Rabold und Bochlen.

Mülheim (Ruhr), 17. Februar. W. L. B. Die Sozialisten haben im Laufe des heutigen Vormittags alle größeren und kleineren Betriebe Hülsegelegt. Auch die Leistungen wurden am Erhalten verhindert und das Personal aus den Druckereien entfernt. Am den Tag nicht zu unterbinden, hat man sich entschlossen, den Straßenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Ein harter Tag dieser Sozialisten begab sich nach Herdorf-Dorsten. Die behauptet wird, sollen in der vergangenen Nacht die Regierungstruppen von den Sozialisten zurüdgezogen worden sein. Mülheimer Sozialisten brachten Minenwerfer und Geschütze nach Herdorf-Dorsten. Der Arbeiterrat erklärte, daß der Generalfreik solange andauern würde, bis die Truppen aus dem Industriegebiet zurückgezogen seien. Die Beschlüsse auf allen Zechen des in Frage kommenden Gebietes haben gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Kaufhausangestellten.

Die Streikleitung hatte gestern vormittag eine Versammlung nach dem Zielus durch einberufen, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen. Der Anhang zum Zielus nahm zeitweilig lebensgefährliche Diskussionen an, so daß im Aufstehen eine Paragrafenkommission eingesetzt werden mußte. Nachdem einige Prinzipale und Vertreter geheimer Organisationen sich aus der Versammlung entfernen mußten, nahm Kollege Reich Schluß des Wortes, um über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Einigungsamt zu berichten. Die Arbeitgeber hoffen den Streik beendigt zu sehen, nachdem sie die Forderungen der Transportarbeiter bewilligt haben; über die besonderen Forderungen der Handelsangestellten wollen sie nur unter Einziehung des „Gewerkschaftsbundes“, einer Zusammenfassung der wirtschaftsfriedlichen Verbände, verhandeln. Auf die Frage des Redners, ob die Streikenden gemeinsam mit diesen Verbänden Organisationen in Verhandlungen eintreten wollen, wurde ihm ein lautenstimmiges Nein entgegen. Die Lösung der Wirtschaftsfriedlichen, selbst in den Streik zu treten, wenn die Verhandlungen ohne sie zu einem Abschluß kommen sollten, wurde mit Beschluß angenommen. Diese Gelegenheit, sich mit fremden Händen zu schmiden, soll den Gewerkschaftsmitgliedern nicht gegeben werden. Am 17. März auf ihren wahren Charakter hin zu prüfen, hat ihnen die Streikleitung drei Fragen zur Beantwortung vorgelegt: 1. Haben die Organisationen des Gewerkschaftsbundes Arbeitgeber als Mitglieder? 2. Beziehen sie mittelbar oder unmittelbar finanzielle Unterstützung von den Unternehmern? 3. Hat der Gewerkschaftsbund in seinem Gesamt-Ausschussentscheidungen für Streik und Abregelung vorgegeben? Eine Antwort auf diese Fragen schenkte Herr Zielus vom Reichsnotarinalten Verhandlungsstellen-Verband an. Trotz dieser Feststellung will nun die Gewerkschaftskommission Untersuchungen darüber anstellen, ob die Organisationen des Gewerkschaftsbundes als „geheim“ bezeichnet

ten im gewöhnlichen Sinne angesehen sind oder nicht. Unter lebhafter Zustimmung verbat sich Kollege Schmidt diese Prüfung; der Reichsnotarinalten der Generalkommission brauchen wir uns nicht zu unterwerfen, die es zugelassen hat, daß schon vor der Revolution bei der Schaffung von Arbeitsbedingungen und Arbeitslöhnen die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner kannte wurden. — Gegenüber dem Booswert der Verschleppung von Seiten der Unternehmern sollte der Streik sein, daß sie es gewagt haben, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages 14 Tage gegährt haben, um den Gesetzerlaß vom 24. Januar abzuwarten, nach welchem Entlassungen bis zum 28. Februar nicht vorgenommen werden dürfen; wir forderten den 31. März als Entlassungstermin. Diesmal liegt der Kollektivvertrag fest Dienstag vor acht Tagen den Unternehmern vor, es ist nicht die Schuld der Angestellten, wenn es zu dieser Nachtprobe gekommen ist. Es bedeutet ein Mißtrauensvotum für das Einigungsamt, wenn die Unternehmern einen Vorschlag des Reichsnotarinalten v. Schulz, mit den Gewerkschaften in einem abgesonderten Raum zu verhandeln, zurückweisen. Zum Schluß teilte der Referent mit, daß die Bewegung ständig im Steigen begriffen sei; täglich melden sich Firmen, die die Forderungen bewilligen wollen. Der Lebensmittelverkauf ist den betreffenden Geschäftshäusern abgenommen worden, die Verteilung, deren Symptomen auf Seiten der Streikenden ist, wird aufgefordert, ihren Lebensmittelbedarf in offenen Geschäften zu decken. Sollten die Unternehmern ihre verkehrsmäßige Kampfweise durch Beeinflussung der bürgerlichen Presse nicht einstellen, dann wird die Organisationsleitung daran gehen, ihre Archive zu öffnen, um mit dem Kriegswunderamt abzurechnen und der Bevölkerung zu beweisen, wie ihr während des Krieges von diesen Firmen das Geld aus der Tasche gezogen worden ist. Mit einem Appell, auszubarren, bis der Zentralverband als einziger Verhandlungsfaktor anerkannt und die berechtigten Forderungen bewilligt sind, schloß der einflussvolle Bericht. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und ließ den einmütigen Willen zum Durchhalten erkennen, auch wenn der Streik noch wochenlang dauern sollte. Eine Resolution, in der dieser Wille zum Ausdruck kommt und in der gegen die einseitige Verschleppung der bürgerlichen Presse auf das härteste protestiert wird, fand einstimmige Annahme. — Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Versammlungsteilnehmer mit denen im Aufstehen und formierten sich zu einer Demonstration durch die Leipziger Straße.

Berandaltungen für Dienstag.

Am 10 Uhr vormittags: Funktionärsitzung bei Sasse, Reichstraße 6, Zentralstreikbureau.

Am 11 1/2 Uhr vormittags: Große Versammlung am Aufstehen.

Nur diese Berandaltungen kommen heute für uns in Frage. Keine anderen! Also Achtung geben!

Die Streikleitung.

Der Streik der Versicherungsangestellten vor dem Einigungsamt.

Auf Veranlassung der Unternehmern fanden gestern vor dem Einigungsamt des Kaufmannsgerichts Verhandlungen statt, die von vormittag 11 Uhr bis abends 8 Uhr währten. Den Vorsitz führte Magistratsrat von Schulz. Da die anwesenden Arbeitgeber nur die im Berliner Privatversicherungsverbande vereinigte Versicherungsgesellschaft und die Berliner Ortsgruppe des deutschen Arbeitgeberverbandes vertraten, verlangten die Vertreter der Angestellten, daß der deutsche Arbeitgeberverband sich verpflichten solle, auch auf die Gewerkschaftsorganisationen und die sonstigen selbständigen Versicherungsgesellschaften mit allen wirtschaftlichen Mitteln einzuwirken, daß auch diese das Ergebnis der Einigungsverhandlungen für Berlin anerkennen. Nach langer Diskussion und nachdem das Einigungsamt sich der Auffassung der Angestelltenvertreter angeschlossen hatte, stimmten die Vertreter der Arbeitgeber dem zu.

Die Angestellten verlangten, daß bis zum Abschluß eines Tarifvertrages eine provisorische Regelung der Gehaltsverhältnisse getroffen werde. Die Unternehmern erklärten, daß die geforderten Höhe die Leistungsfähigkeit vieler Versicherungsgesellschaften übersteige; sie seien prinzipiell gegen ein Provisorium. Demgegenüber wies die Vertreter der Angestellten darauf hin, daß bereits in Leipzig, wo etwa die gleichen Gehälter gezahlt wurden wie in Berlin, die Forderungen der Angestellten in derselben Höhe bewilligt seien, und daß auch in Berlin einige Gewerkschaften sie bereits anerkannt haben. Gegen 8 Uhr abends wurde folgender

Schiedsspruch des Einigungsamtes

erklärt: Vom 1. Januar 1919 ab erhalten die in den Gehaltsverträgen beschriebenen Begehren: Monatsgehälter von 50 M. im ersten Lebensjahr, 75 M. im zweiten Lebensjahr und 100 M. im dritten Lebensjahr. Bis zum endgültigen Abschluß des Tarifvertrages erhalten die Angestellten vom 1. Januar 1919 ab Monatsgehälter in Höhe von 50 M. bei einem Jahreseinkommen bis zu 1500 M., 75 M. bei einem Jahreseinkommen bis zu 2000 M., und 100 M. bei einem Jahreseinkommen von 2500 bis 7200 M. Bei der Berechnung des Gehalts ist das Jahreseinkommen von 1918 (Grundgehalt und Zulagenverhältnisse) zugrunde zu legen. Einmalige Zulagen (Entschädigungs- und Weihnachtsgeldleistungen) bleiben außer Betracht. In wieviel die vorstehenden Punkte der Versicherungsgesellschaften von diesem Abkommen getroffen werden, soll eine paritätische Schlichtungskommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden entscheiden. Für die Streikfrage dürfen keine Gehaltsgehänge gemacht werden. Auch dürfen keine Abregelungen stattfinden. Die Aufhebung der bisher noch nicht gegültigen Entschädigungsverträge hat bis zum 30. 3. M. zu erfolgen. Beide Parteien verpflichten sich, zur Schaffung eines Tarifvertrages sofort in Verhandlungen zu treten und den Abschluß möglichst bis zum 31. März herbeizuführen.

Die streikenden Angestellten werden heute vormittag zu dem Schlichtungsspruch Stellung nehmen. Es ist mahdend, daß sie ihm zustimmen. Man darf nicht denken, daß die Versicherungsgesellschaften, da sie ja das Einigungsamt angerufen haben, sich dem Schlichtungsspruch unterwerfen. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde der Streik nicht nur weitergeführt werden, sondern hätte einen Ausbruch und größeren Umfang gewinnen.

Der Streik der Richter bei der Berliner Reichs- und Landesgerichtshof hat zu Verhandlungen zwischen dem Reichsgericht und dem Landesgericht für eine Einigung geführt.

Groß-Berlin.

Der Gewaltstreich in der Weberstraße.

Wir haben bereits festgestellt, daß die Berichte der bürgerlichen Presse über den Gewaltstreich in der Weberstraße von Anfang bis zu Ende erlogen sind. Zum Beweis dessen veröffentlichten wir noch die Berichte von einigen Augenzeugen, die dem Vorgang beigewohnt und mit eigenen Augen gesehen haben, daß die Regierungssoldaten ohne jeden Anlaß gewalttätig gegen friedliches Publikum vorgegangen sind. Aus den Berichten geht hervor, daß nicht bloß ein Toter zu beklagen ist, wie der Bürgerbericht des Wolff-Bureaus meldet, sondern daß mehrere Tote und Verwundete zu beklagen sind. Um die Soldaten der Soldateska zu verbergen, wird diese Tatsache geflissentlich verschwiegen.

Ein Sicherheitssoldat teilt uns mit: Ich besuchte abends gegen 8 Uhr mit meiner Frau ein Kino in der Großen Frankfurter Straße. Mitteln in der Vorstellung gab es einen lauten Knall und das Publikum meinte, es sei Feuer ausgebrochen, da von der Straße her der Ruf Feuer ertönte. Aber drängte noch dem Ausgang. Hier sah man, daß Scheinwerfer die Dächer abstrahlten, auch Leuchtpatronen wurden abgeschossen.

Ich wollte nun auf dem schnellsten Wege nach Hause gehen. In der Bahmannstraße kam mir ein Offiziersbedienter entgegen. Im gleichen Augenblick sah ich, wie einer seiner Leute eine Handgranate fertigmachte und sie ohne weiteres nach der Großen Frankfurter Straße warf. Dort hatte ich meine Frau zurückgelassen, um vorher zu sehen, ob die Bahmannstraße frei war. Ich eilte sofort zurück und sah, daß von der Handgranate mehrere Leute verwundet waren, darunter auch meine Frau, die einen Bedenschuh sowie eine Perle und eine am Niegelenk abgenommen hatte. Aufsichtshaber der Postenkette, von der geschossen wurde, war der Offiziersbedienter Dietz, T. Kompanie, Regiment Reichard.

Ich erkläre, daß kein Publikum am Orte war, welches die Soldaten in ihrer Handlung behinderte oder Anlaß zu dem gewalttätigen Eingreifen gab.

Zwei Kameraden der Republikanischen Soldatenwehr, Depot 15, teilen uns mit: Die Regierungstruppen schossen sofort nach ihrem Erscheinen Schußpulver in die Menge. Sodann wurden ohne jeden Anlaß Schüsse in die Luft abgegeben. Von einer drohenden Haltung der Menge, geschweige denn von einem gewalttätigen Vorgehen gegen die Regierungstruppen, war nichts zu sehen. Als durch die Schüsse ein Mann durch den Kopf getroffen wurde und zu Boden stürzte, wollten wir uns den Verwundeten annähern. Wir wurden dabei von den Regierungssoldaten mit Erschießen bedroht. Erst nach dieser Drohkampagne wurde die Menge erregt. Es ist nicht wahr, daß der erschossene Mann irgendwelchen Widerstand geleistet oder die Soldaten lässlich angegriffen hat. Es war ein harmloser Passant, der mit den Kommunisten absolut nichts zu tun hatte.

Raubmord in der Friedrichstraße.

Ein Kapitalverbrechen ist, wie sich nachträglich herausgestellt hat, am Sonnabend nachmittag in dem belebten Stadtteil Prenzlau, in einem Ladenlokal in der Friedrichstraße 55, in der Nähe der Leipziger Straße, verübt worden. Dort ist die 40 Jahre alte uneheliche Hedwig Gliese in ihrem Ladenlokal ermordet und beraubt worden. Am Sonnabend nachmittag sah man aus dem Laden Duellm dringen, und als die Feuerwehr erschien, fand sie die hiel verbrannte Leiche der G. vor. Es wurde angenommen, daß die G. Zigaretten geraucht habe und dabei eingestiegen war, worauf die brennende Zigarette Feuer gefangen und die G. im Schlaf den Koffen zum Opfer fiel. Nähere Nachrichten haben jedoch ergeben, daß die G. von einem unbekannteren Mann, der sie besucht hatte, erschossen und beraubt worden ist. Um seine Tat zu verdecken, hat der Räuber dann das Feuer angezündet.

Aus den Organisationen.

Rechts. Mittwoch, den 19. Februar, abends 6 Uhr, Flugblattverbreitung. Die Flugblätter können Dienstag von den Viertel-Wahllokale ab 6 Uhr abgeholt werden. 1. Viertel: Gemmecker, Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Teckstraße; 2. Viertel: Thiele, Kaiser-Friedrich-Straße 107; 3. Viertel: Fröhliche, Rosenthalstraße 50/51; 4. Viertel: Koch, Weisstr. 2. — 6. Bezirk: Deute (Dienstag) Extra-Abend bei Vais, Weisstr. 42, und Weise, Elbstraße, Ecke Weigandstraße.

Wilmersdorf. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung. Material ist von Schilling, Lauenburger Str. 21, zu beziehen. — Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Wilmersdorfer-Gymnasium, Lauenburger Str. 53, öffentliche Volkserziehung. Gegen die vereinigte Reaktion für den Sozialismus. Referent: Genosse Dr. Julius Poles.

Preussisch. Dienstag, den 18. Februar, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Die Bezirksführer holen die Flugblätter zwischen 4 und 5 Uhr vom Restaurator, Paulstraße, Gaudierstr. 60/61, ab. Die Mitglieder müssen sich spätestens um 4 1/2 Uhr einstellen, da um 5 1/2 Uhr eine Mitgliederversammlung im Kaiser-Wilhelm-Garten, Albinstraße, stattfinden. Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Volkserziehung im Reform-Realgymnasium, Cornichstraße. Genosse Wilhelm Bunn und der Kandidat zur Gemeinderatswahl Karl Deitmer werden sprechen.

Friedrichshagen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im Brunnengrundschule, Seestraße, gemeinsame Parteiverammlung beider Parteien unteres Orts. Referent: Genosse Richard Müller. — Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus von Volkow, Friedländer Str. 50, Mitgliederversammlung. Sehr dringende Wahlarbeiten und wichtige Beschlüsse.

Friedrichshagen. Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes im Lokal von Subbrud. — Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr, Handzettelverbreitung vom Lokal Subbrud, Berliner Straße 58. — Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Gemeindevorversammlung im Saale vor Subbrud, Pringel-Allee 30. Referent: Genosse Adolph Harthorn. Thema: Die Aufgaben der unabhängigen Sozialdemokratie im Gemeinderatsamt.

Genossenschaft. Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Saale vor Subbrud, Pringel-Allee 30. Referent: Genosse Adolph Harthorn. Thema: Die Aufgaben der unabhängigen Sozialdemokratie im Gemeinderatsamt.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am Hildebrandplatz. Direktion Wilhelm Kasperl.

Kammerspiele. Deutsches Theater. 7 Uhr: Das Lebt schneidet in der Finsternis.

Kleines Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.

Königgrätzer Str. 8 Uhr: Musik Komödienhaus.

Berliner Theater. 7 Uhr: Stern, die wieder leuchten.

Lessing-Theater. 7 Uhr: Der Hirt des Himmels.

Th. d. Friedrichstadt. 7 Uhr: Drei tolle Tage.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Der gute Ruf.

Basizenz-Theater. 7 Uhr: Das höhere Leben.

Central-Theater. 7 Uhr: Die Rose von Stambul.

8. Tabala rasa. Komische Oper. 7 Uhr: Schwarzwaldadel.

Metropo-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Mikado.

Theater des Westens. 7 Uhr: Die tolle Wawa.

Casino-Theater. 7 Uhr: Vater Knolle.

Wintergarten. Das große Spezialitäten-Programm.

Lieban-Kabarett. Künstler-Duo. 7 Uhr: Das große Programm.

Die Tribüne. Während der ganzen Kriegsdauer verboten gewesen.

Herabgeber: Karl Schmidt. Für Händler hohen Verdienst.

Verlag des Tribüne, Berlin, Zimmerstr. 26.

Rose-Theater. 7 Uhr: Der Mann ohne Vergangenheit. METROPOL Kabarett.

Albe Wolk. Norma & Fernand. Lanzig? — Dugson.

Elli Glässner. Otto Röhr. Robert Steide. Gygyi-Konzerte.

Kleine Anzeigen. Mandolinen, Lawen plet.

Platina. Gramm 10 Mk. Zahngelbte. Gold kastl Frau Linke.

Kleines. Schlafzimmer. Speisezimmer mit Kamin.

Wintergarten. Das große Spezialitäten-Programm. Anfang 1/2 8 Uhr.

Lieban-Kabarett. Künstler-Duo. 7 Uhr: Das große Programm.

Die Tribüne. Während der ganzen Kriegsdauer verboten gewesen.

Herabgeber: Karl Schmidt. Für Händler hohen Verdienst.

Verlag des Tribüne, Berlin, Zimmerstr. 26.

Bekanntmachung

die zugelassenen Wahlvorschlüge für die am 23. Februar 1919 stattfindenden Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Berlin.

Gemäß § 8 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindefortschritts vom 24. Januar 1919 in Verbindung mit § 7 der Verordnung über die Wahl zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung...

- 1. Hugo Weimann. 2. Bernhard Bunn. 3. Adolf Ritter. 4. Fr. Martha Hoppe.

Verzeichnis

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann. 4. Dr. Rudi Rosenfeld.

- 1. Maximilian Niebel. 2. Carl Velen. 3. Arno von Redding.

- 1. Georg Stroter. 2. Emil Fickler. 3. Georg Egner.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Carl Velen. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

- 1. Dr. Hermann Weigl. 2. Emanuel Wurm. 3. Adolf Hoffmann.

H. S. J. Lehrer und Lehrerinnen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im Lehrervereinshaus.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

General-Versammlung. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Kommunistische Arbeiter- und Oberteile der Großindustrie. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

D. W. M. J. Wittenau, Waffenanbau. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin

Oeffentliche Wählerversammlungen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Oeffentliche Wählerversammlungen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Oeffentliche Wählerversammlungen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Oeffentliche Wählerversammlungen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.